

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingekauft die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Veranstaltung Nr. 22 Gemeindevorstand, Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 184

Bad Schandau, Montag, den 9. August 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer weiteren Note fordert die Reichsregierung erneut von der Entente die Erlaubnis zur Verwendung von Reichswehr im östlichen Abstimmungsgebiet.

* Der badische Landtag bewilligte dem zurückgetretenen rechtssozialistischen Staatspräsidenten Geis ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 Mark.

* Der antibolschewistische General Wrangel meldet einen großen Sieg über die Bolschewisten, bei dem er über tausend Gefangene und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutete.

* Die nördlichen Warschauer Außenforts liegen bereits unter russischem Feuer.

* Die französische sozialistische Partei beschloß, sofort Schritte zu unternehmen, um Protest gegen jedes gegen Rußland gerichtete Vorgehen zu erheben.

* In wenigen Tagen wird in Boulogne eine neue Entente-Konferenz stattfinden, auf der über Sowjetrußland und Deutschland beraten werden soll.

* Die Engländer werden, dem italienischen Beispiel folgend, in den nächsten Tagen ihre Truppen aus dem ostdeutschen Abstimmungsgebiet zurückziehen.

* Wie verlautet, haben die Bergarbeiter von England und Frankreich den sofortigen Eintritt in den Streik ausgedehnt, falls das Ruhrgebiet besetzt werde. Der endgültige Beschluß hierüber wird in London am 5. Oktober vom internationalen Bergarbeiterausschuß gefaßt werden.

* Die rumänische und tschechoslowakische Regierung haben im polnisch-russischen Krieg ihre Neutralität erklärt.

* Der amerikanische Arbeiterbund, dessen Vorsitzender Compers ist, faßte eine Entschloßung, in der dem Abscheu vor Kommunisten und Bolschewisten Ausdruck gegeben wird.

Flatternde Enten.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz schweben unablässig leichtbeschwingte Funksprüche im Weltlauf mit diegemähten Kriegsenten durch die Welt. In Strategie und Kriegsführung haben die Moskauer sich den Warschauer unbedingt überlegen gezeigt. Wer von beiden in der Kriegsberichterstattung die Palme verdient, muß dagegen zum mindesten noch als strittig bezeichnet werden. Die Polen haben es in der Verheerung und Verleumdung politischer Gegner zu einer anerkannten Meisterschaft gebracht. Aber den Gang wichtiger Ereignisse selbst durch ebenso zielbewusste wie skrupellose Entensfabrikation mitzubestimmen, diese Kunst ist ihnen nicht im gleichen Grade gegeben wie den Sowjetleuten. Die ausländische Presse scheint von beiden Seiten nahezu ausnahmslos vom Schauplatz der Ereignisse ferngehalten zu werden. Also ist der eigenen Phantasie kaum eine Grenze gezogen. Sicher ist nur, daß die Waffen noch immer nicht ruhen, daß die Operationen hüben und drüben mit Aufgebot aller Kräfte fortgesetzt werden. Wie es aber mit der nebenherlaufenden politisch-diplomatischen Aktion bestellt ist, das wissen die Götter.

Wald heißt es, die Polen hätten das russische Ansehen nicht nur über den Waffenstillstand, sondern zugleich auch über den Frieden verhandeln zu lassen, mit Entrüstung abgelehnt, bald wieder wird gemeldet, eine polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Friedensvertrages habe sich in das bolschewistische Lager nach Winsk begeben. Ebenso wenig kann man mit Bestimmtheit sagen, ob die Sowjetregierung nun eigentlich die englisch-französischen Forderungen angenommen oder abgelehnt hat. Der Wahrheit scheint noch die Annahme am nächsten zu kommen, daß sie weder das eine noch das andere getan, sondern mit den seit jeher beliebten Ausflüchten, Zweideutigkeiten, Gegenvorschlägen, Erwiderungsfragen zunächst wieder einmal Zeit zu gewinnen verstanden hat. Auch die zur Diskussion gestellte Wahl zwischen direkten Verhandlungen unter den kriegführenden Parteien und der dringlichst angebotenen Friedensintervention der Entente hat eine verblüffende Entscheidung gefunden: Es kommt, den neuesten Londoner Meldungen zufolge, sowohl zu direkten Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau, wie zu einer Friedenskonferenz in London, auf der, wenn Frankreich ein Einsehen hat, neben den Dänen auch Deutschland vertreten sein soll. Aber vielleicht haben wir es auch hier mit einer, diesmal in London aufgestiegenen Ente zu tun; denn was zu gleicher Zeit der Sowjetvollmächtigte Kamenew in der britischen Hauptstadt betreibt, läßt wiederum allerdings andersartige Auslegungen zu. Hier wird mit großem Nachdruck die Notwendigkeit betont, bei Verhandlungen über einen Waffenstillstand gewisse Bedingungen und Sicherheiten festzusetzen, die auf rein militärischem Gebiete liegen. Bürgschaften müßten verlangt werden, die es Polen unmöglich machen, die Zeit des Waffenstillstandes zur Vorbereitung neuer Feindseligkeiten gegen Rußland zu benutzen. Zu diesen Bürgschaften gehöre eine teilweise Entwaflnung und Einstellung der Rekrutierung. Auch gegen Frankreich, das Polen andauernd militärisch unterstütze, fallen in dieser russischen Note einige Seitenhiebe. Ein Schlußlaß läßt vermuten, daß die Russen von der Zuziehung der Mandatstaaten zu einer neuen Friedenskonferenz wenig entzückt sein würden, obwohl auch sie dabei, geschickt wie sie sind, den allgemeinen europäischen Frieden effektiv in den Vordergrund rücken. Vielleicht hat die Tatsache, daß Lord George inzwischen Befehl

zur Einleitung der Seeblockade gegen Rußland gegeben hat, die Sprache der Moskauer Regierung im Sinne der britischen Phraseologie beeinflusst. Der Worte sind jedenfalls, wenn es nach Moskau geht, noch lange nicht genug gewechselt. Die Russen können bei Fortsetzung des Noten- und Depeschenwechsels, beim Aufsteigen immer neuer Kriegs- und Friedensenten nur gewinnen, da sie es in Polen mit einem militärisch auf sich selbst angewiesenen Gegner zu tun haben, dem kaum noch eine Spur seines früheren, über alle Maßen angeschwollenen Selbstbewußtseins verblieben ist. Von Paris aus müssen sich die Polen heute sagen lassen, daß die Entsendung verbündeter Truppen nach dem Kriegsschauplatz gar nicht mehr in Frage komme, und daß auf eine Unterjüngung des schwerbedrängten Allierien an der Weichsel durch die Nachbarstaaten — also Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien — ebensowenig zu denken sei. Der einzige moralische Beistand, mit dem sie rechnen könnten, sei die Tatsache, daß Sowjetrußland auf die Anerkennung durch die Entente, wie auf ihren wirtschaftlichen Beistand angewiesen sei. Wobei nur übersehen wird, daß auch der wirtschaftliche Beistand Deutschlands für Sowjetrußland eine Frage von Leben und Sterben ist, was man in London und Paris vielleicht auch jetzt noch nicht wahrhaben will, was aber in Moskau sehr deutlich empfunden wird. Lord George hat in London abermals viele Stunden lang mit Krassin und Kamenew verhandelt und scheint dabei die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in den Mittelpunkt aller Entschlüsse gestellt zu haben. „Times“ und „Matin“ wissen sogar schon von einem richtigen Abkommen zwischen England und Sowjetrußland zu sprechen, das bei diesen Verhandlungen herausgekommen sei; im besten Falle könnte es sich natürlich nur um den Entwurf eines solchen Abkommens gehandelt haben. Wie dem auch sei, darüber vergehen abermals ein oder zwei oder auch drei Tage, und mehr brauchen die Russen wohl kaum noch, um mittlerweile in Warschau einzurücken.

Diplomatie und Kriegsberichterstattung sind zuweilen noch schwierigere Kapitel als Kriegsführung. Wenn die Russen Sieger bleiben, so nicht zuletzt um deswillen, weil sie die Feder mindestens ebenso gut zu handhaben verstanden wie das Schwert.

Frankreich erhält das Kommando.

Warschau unter Feuer.

Die nördlichen Außenforts von Warschau liegen bereits unter dem Feuer der russischen Vorhutartillerie. Angesichts der äußersten gefährdeten Lage Warschaus und des Restes der polnischen Armee überhaupt, hat sich der dort weilende französische General Bégand bereit erklärt, das oberste Kommando und die Verantwortung für die militärische Aktion zu übernehmen, was in der Bevölkerung völlige Billigung findet. Wenn die vom General gestellten Bedingungen der Genehmigung der polnischen Behörden finden, dürfte der Kampf Polens gegen die Bolschewisten wieder aufgenommen werden.

Aufruf an die Bewohner Warschaus.

Die polnische Regierung hat an die Bewohner Warschaus folgenden Aufruf erlassen: „Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur noch einige Werk von Warschau. Die Hauptstadt des polnischen Reiches steht vor einer drohenden Gefahr. Wollt Ihr tatenlos warten? Wollt Ihr Euch wie Sklaven benehmen? Niemals! Das heldenmütige Lemberg hat für die Verteidigung des Staates Tausende von Freiwilligen gestellt, und im Augenblick der Gefahr stand ganz Lemberg unter Waffen. Warschau, das ebenfalls Ruhmesblätter zu verzeichnen hat, muß dem Beispiel Lembergs folgen. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen. Es gibt keine Wahl. Entweder Kampf bis zum Äußersten und damit Sieg und Freiheit, oder Sklaverei. Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben. Bürger, zu den Waffen!“

Die polnische Regierung noch in Warschau.

Warschau, 9. August. Halbamtlich wird gemeldet: Die Meldung des Baseler polnischen Pressebüros über das Eintreffen der polnischen Regierung in Krakau ist diese Meldung, ebenso wie alle übrigen Einzelheiten vollkommen erfunden. Die polnische Regierung befindet sich nach wie vor in Warschau und hatte bisher auch keine Veranlassung, einzelne Dienststellen, Archive und sonstige Einrichtungen aus Warschau zu entfernen.

Lomza besetzt.

Warschau, 9. August. Der polnische Heeresbericht meldet die Besetzung der Stadt Lomza durch die Bolschewisten. Nördlich von Ostrolenka geht der Kampf weiter. An der Buglinie finden erbitterte Kämpfe statt. Bei Drohycin und Brest wurden die Bolschewisten über den Fluß zurückgeworfen. Die Kämpfe bei Brody nehmen für die Polen einen günstigen Verlauf. An der Serethfront weisen polnische und ukrainische Abteilungen alle feindlichen Angriffe ab. Bei Mikulinsk wurde ein bolschewistisches Infanterieregiment aufgetrieben.

Rußland will Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 9. August. Wie ein Radiotelegramm aus Moskau berichtet, will die Sowjetregierung keine Waffenstillstandsverhandlungen, sondern sofort Friedensverhandlungen mit Polen führen, weil sie Nachrichten erhalten habe, daß Polen nur Zeit zur Neuorganisation des Heeres gewinnen wolle.

Englische Flotte im Kattegat.

Kopenhagen, 9. August. Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden mehrere Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Osten gesichtet. Das Reiseziel ist angeblich Rewal.

Ungarisches Hilfsangebot.

Warschau, 9. Aug. Eine Delegation des ungarischen Parlamentes unter Führung des bekannten Politikers Baron Szentmiklosi stattete am Freitag dem Vizeministerpräsidenten Daszinski einen Besuch ab. Baron Szentmiklosi wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen, und zwar nicht durch Entsendung einiger zehntausend Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte. Ebenso stelle das ungarische Rote Kreuz auf Anfordern seine Dienste Polen zur Verfügung.

Geheimvertrag zwischen Wien und Moskau?

Paris, 9. August. Aus Washington wird gemeldet, daß der Staatssekretär des Außen Colby gestern morgen einen Geheimvertrag veröffentlicht hat, der nach amerikanischer Behauptung im vorigen Monat zwischen der Sowjetregierung in Moskau und der Wiener Regierung abgeschlossen worden sein soll. Nach Artikel 1 verpflichtet sich Oesterreich, in jedem Kriege gegen Sowjetrußland neutral zu bleiben und die Durchführung von Kriegsmaterial und Truppen durch sein Territorium zu verbieten, sofern dieses Material für die Feinde Sowjetrußlands bestimmt ist. In einem besonderen Zusatz wird Polen erwähnt. Paragraph 2 steht die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen vor. Paragraph 3 spricht über die Wahrung der gegenseitigen Interessen. Rußland wird einen Vertreter nach Wien, Oesterreich einen nach Moskau schicken dürfen. Paragraph 4 setzt fest, daß alle Volkskommisare der ehemaligen Sowjetregierung in Ungarn, die gegenwärtig in Oesterreich sich aufhalten oder gefangengehalten werden, befreit werden und von der österreichischen Regierung jede Unterstützung erhalten, um nach Moskau zurückzukehren. Dieser Artikel bezieht sich auf Bela Kun.

Aufruf an die Arbeiterschaft.

Berlin, 9. August. In der sozialistischen Presse veröffentlichten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Partei, die Unabhängige und die Kommunistische Partei (Spartakusbund) einen gemeinschaftlichen Aufruf an die deutsche sowie die französische und englische Arbeiterschaft zum Schutze der deutschen Neutralität, etwaigen Versuchen der Entente, Truppen und Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Lohnkampf

in der neuen österreichischen Wehrmacht.

Wien, 9. August. Die aus der Volkswehr hervorgegangene neue Wehrmacht Oesterreichs, deren Angehörige gewerkschaftlich organisiert sind, ist jetzt kurze Zeit nach ihrer Errichtung in einen Lohnkampf eingetreten. Sie verlangt eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge und droht, falls ihre Forderungen nicht bis zum 1. September erfüllt sein sollten, mit dem Streik.

Flaggenfrage und Völkerbund.

Dr. Simons Standpunkt.

Da die leidige Flaggenfrage der französischen Votschaft in Berlin immer noch nicht erledigt ist, so hat die deutsche Regierung der französischen den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit dem Völkerbunde zu unterbreiten. In einer Unterredung über diese Frage erklärte nun Reichsaußenminister Dr. Simons u. a.:

„Ich will nicht unteruchen, ob die französische Regierung nicht als Mitglied des Völkerbundes sogar die Pflicht hat, den Streitfall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerbund zu unterbreiten; jedenfalls bietet ihr Artikel 11, Absatz 2, auch die formelle Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einzugehen. Ich möchte aber betonen, daß die Völkerbundfahung ein Teil des Friedensvertrages ist. Der Friedensvertrag ist wesentlich gekennzeichnet dadurch, daß er Deutschland eine